

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Investieren, entlasten und zusammenhalten

GABRIELA HEINRICH:

Die Haushalte für unser Engagement in der Welt

CARSTEN TRÄGER:

Deutschlandpakt: Gemeinsam unser Land modernisieren

MARTINA STAMM-FIBICH:

Gesundheits-Etat schrumpft um fast acht Milliarden Euro

JAN PLOBNER:

Die Reform des Namensrechts kommt endlich

Investieren, entlasten und zusammenhalten

In dieser Woche haben die Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 im Deutschen Bundestag begonnen – als SPD-Bundestagsfraktion versuchen wir hier unsere sozialdemokratischen Schwerpunkte zu setzen.

Dabei sind die Haushaltsberatungen die wahrscheinlich schwierigsten seit Jahren. Nach wie vor dominieren der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen die Tagesordnung.

Für uns bedeutet das, einen großen Spagat zu wagen – den zwischen der Schuldenbremse auf der einen Seite und den außergewöhnlichen Herausforderungen unserer Zeit auf der anderen Seite. Eine Zeit, die geprägt ist von vielen Unsicherheiten. Deshalb wollen wir im Rahmen der Haushaltsverhandlungen vor allem eines: investieren, entlasten und zusammenhalten.

Zusammen mit dem Klima- und Transformationsfonds investieren wir über 90 Milliarden Euro allein im nächsten Jahr in die Modernisierung unserer Wirtschaft, in den Klimaschutz, die Digitalisierung und in noch nie dagewesener Höhe in Schiene und Straße.

Wir setzen Schwerpunkte und stärken nachhaltig den Wirtschaftsstandort Deutschland. Egal ob mit Intel in Magdeburg oder dem größten Chiphersteller der Welt, TCMS, in Dresden. Das



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (Mitte) eröffnet die Haushaltswoche 2024. Bis in den Dezember werden sich die Beratungen ziehen. Foto: DBT/photothek

ist ein großer Erfolg dieser Bundesregierung.

Ab 2024 werden wir mit Rekordinvestitionen in unsere Bundeswehr erstmals wieder das Zwei-Prozent-Ziel der NATO und damit ein lange gegebenes, aber nie gehaltenes Versprechen an unsere Bündnispartner einhalten.

Gleichzeitig wollen wir Menschen und Unternehmen in unserem Land stärker entlasten. Auf der einen Seite, indem wir unsinnige bürokratische Hürden endlich beseitigen. Zum anderen entlasten wir aber auch finanziell enorm. Mit der Kindergelderhöhung und den beschlossenen steuerlichen Entlastungen aus dem Inflationsausgleichsgesetz werden wir die Bürgerinnen und Bürger allein 2024 um über 30 Milliarden Euro entlasten.

Wichtig ist, dass wir unser Land in Zeiten von äußerer Bedrohung durch Russland und innerer Bedrohung durch Rechtsextreme weiter zusammenhalten. Das schaffen wir, indem unsere Sicherheitsbehörden weiterhin sehr gut ausgestattet werden. Gleichzeitig wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus weiter stärken.

In allen Bereichen ist der Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 eine gute Grundlage für die anstehenden Haushaltsverhandlungen. Bisher ist nichts beschlossen, jetzt schlägt die Stunde des Parlaments. Am Ende der Verhandlungen muss der Bundeshaushalt 2024 das Versprechen einhalten, dass wir investieren, entlasten und zusammenhalten.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die Haushalte für unser Engagement in der Welt

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 hat den Bundestag erreicht, die Haushaltsberatungen haben begonnen. Die Schuldenbremse bringt es mit sich, dass überall gespart werden muss. Mit einer Ausnahme!

Nach dem Wegfall vieler krisenbedingter Sondermittel müssen fast alle Ministerien sparen. Nur im Verteidigungshaushalt gibt es einen Aufwuchs. Das ist vor dem Hintergrund der Zeitenwende notwendig – wir arbeiten mit Boris Pistorius weiter daran, unsere Verteidigungsfähigkeit durch eine bessere Ausstattung der Bundeswehr auszubauen. Das Entwicklungsministerium ist noch relativ glimpflich davongekommen. Für das Auswärtige Amt gibt es deutlichere Einschnitte. Im Einzelnen:

Einzelplan 05, Auswärtiges Amt

2023 war es noch ein Rekordetat (fast 7,5 Milliarden). Für 2024 ist eine Absenkung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro vorgesehen (minus 18 Prozent). Allerdings wurde 2023 zusätzlich eine Milliarde Euro an Ukraine-Sondermitteln bereitgestellt. Wenn man das herausrechnet, ist das Minus noch beträchtlich, aber nicht über groß.

Die größte Absenkung im Vergleich zum Vorjahr wurde bei der humanitären Hilfe vorgenommen (von 2,7 Milliarden Euro 2023 auf jetzt 1,7 Milliarden Euro). Das wird angesichts der vielen Krisen nicht reichen. In der Vergangenheit wurden allerdings für

große unvorhersehbare Krisen auch bedarfsgerecht zusätzliche Mittel bereitgestellt. Davon ist auch weiterhin auszugehen.

Die gute Nachricht zum Etat des Auswärtigen Amtes ist, dass die „Kulturmilliarde“ erhalten werden konnte. Über eine Milliarde steht also dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, den Auslandsschulen usw. zur Verfügung.

Der Haushalt für Verteidigung 2024 ist ein wichtiger Baustein im Projekt Zeitenwende

Einzelplan 14, Verteidigung

Der Verteidigungsetat wird um 1,7 Milliarden Euro auf jetzt 51,8 Milliarden Euro erhöht. Hinzu wird beabsichtigt, 19,2 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen in Anspruch zu nehmen. Damit erreichen wir trotz angespannter Haushaltslage das Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Die Folgen der viel zi-

tierten Zeitenwende, die der russische Angriffskrieg in der Ukraine nun einmal darstellt, machen dieses viele Geld leider notwendig. Die Bundeswehr wird jetzt – anders als in den vergangenen Wahlperioden – konsequent modernisiert und zu einer vollausgerüsteten Truppe ausgestattet. Boris Pistorius dazu: Es ist wichtig, den Soldatinnen und Soldaten das zu geben, was sie brauchen. Dafür muss es Planbarkeit und Verlässlichkeit geben

Einzelplan 23, Entwicklung

Im Entwurf für das Entwicklungsministerium stehen für 2024 Ausgaben in Höhe von 11,5 Milliarden Euro. Das sind zwar 5,3 Prozent weniger als 2023. Aber man muss das mit den Vor-Corona-Jahren vergleichen. Im Verhältnis zum letzten „regulären“ Bundeshaushalt, der die Schuldenbremse 2019 eingehalten hat, ist ein Aufwuchs von 1,3 Milliarden Euro zu verzeichnen. Auch für die Entwicklungszusammenarbeit gilt das, was ich oben schon zur Humanitären Hilfe geschrieben habe: In den letzten Jahren musste für außerplanmäßige Ausgaben der Etat noch aufgestockt werden. Das ist auch 2024 nicht ausgeschlossen. Ministerin Svenja Schulze hat gesagt, dass wir deshalb genügend Mittel für eine wirkungsvolle Entwicklungspolitik brauchen, weil Frieden und Sicherheit in unser aller Interesse sind. Ich hoffe, der Bundestag kann während der Haushaltsverhandlungen noch mehr rausholen!



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Deutschlandpakt: Gemeinsam unser Land modernisieren

Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Digitalisierung, demographischer Wandel und das Ziel, CO₂-neutral zu leben und zu wirtschaften, bedeuten den größten Umbau unseres Landes seit der Industrialisierung. Bundeskanzler Olaf Scholz hat deshalb den Ländern, Kommunen und Verbänden angeboten, im Rahmen eines Deutschlandpakts zusammenzuarbeiten.

Deutschland schneller, moderner, unbürokratischer und sicherer zu machen, das ist das Ziel des Deutschlandpakts. Dass wir das können, haben wir schon bewiesen: mit der Einführung des Deutschlandtickets, das den öffentlichen Nahverkehr viel attraktiver gemacht hat, und mit dem Deutschlandtempo, mit dem wir innerhalb weniger Monate Flüssiggastertinals ans Netz gebracht und die Gasversorgung gesichert haben. Die letzten Jahre haben gezeigt, was wir leisten können: Wir haben die Pandemie überstanden mit weniger Opfern als viele andere Staaten. Wir haben entschlossen auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine reagiert und sind der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine, ohne dass die NATO Kriegspartei geworden ist. Und wir haben uns innerhalb weniger Monate erfolgreich aus der Abhängigkeit von russischer Energie befreit – und zwar ohne Versorgungsengpässe. Auch ein erstes großes Gesetzespaket zur Planungsbeschleunigung haben wir bereits auf den Weg gebracht und arbeiten derzeit an einem weiteren.

Für solche Erfolge braucht es kluge und gute Gesetze, schnelle Verfahren und weniger Bürokratie. Es braucht aber auch die Bereitschaft aller, ge-



meinsam an einem Strang zu ziehen – „und das natürlich in eine Richtung“, wie Olaf Scholz zu recht sagt: des Bundes, der Länder, Städte und Gemeinden, der Unternehmen und Behörden, der Verbände und Gewerkschaften. Er richtete sich aber ganz explizit auch an CDU und CSU. Für den Bund stellte der Kanzler klar: Wir gehen weiter mit ganzer Kraft voran.

Der Deutschlandpakt soll dort ansetzen, wo die Bürgerinnen und Bürger Fortschritte am dringendsten erwarten: bei der Energieversorgung, die sauber, sicher und bezahlbar sein muss; beim Bau neuer Wohnungen und Häuser; bei

der Modernisierung und Digitalisierung unserer Infrastruktur; bei der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen; bei einer schnellen, leistungsfähigen und digitalen Verwaltung. Der Bundeskanzler hat eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen angesprochen: vom Abbau der letzten Hürden beim Ausbau der Erneuerbaren Energien über die Digitalisierung der Verwaltung, effektive Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und Rekordinvestitionen in die Schiene bis zum Aufbau eines Wasserstoffkernnetzes – und viele mehr.

Wir haben vieles angepackt und vieles erreicht, um unser Land gut für die Zukunft aufzustellen. Wenn wir zusammenhalten, sind alle Probleme lösbar. Ich hoffe, dass der Schulterschluss gelingt und neue Kräfte freisetzt – und insbesondere CDU und CSU den Pfad von Populismus und der Forderung nach Sozialabbau wieder verlassen und zu einer konstruktiven politischen Arbeit zurückkehren. Erste Erfolge sind sichtbar: Die Kaufkraft in Deutschland steigt wieder, und unser Land ist dabei, zum wichtigsten Halbleiterstandort in Europa zu werden. Wir werden unsere Chancen nutzen. Der Deutschlandpakt ist die Chance für alle, sich daran zu beteiligen.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Gesundheits-Etat schrumpft um fast acht Milliarden Euro

Auch unser Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach muss sparen und das nicht zu knapp: Der Gesamtetat schrumpft von 24,48 Milliarden Euro auf 16,22 Milliarden Euro. Damit spart das BMG im Vergleich mit allen anderen Ministerien am stärksten ein. Die gute Nachricht lautet allerdings, dass durch diese Kürzungen nicht unsere Gesundheitsversorgung gefährdet wird. Denn das meiste Geld wird im Bereich der Coronabekämpfung eingespart. So fallen beispielsweise Kosten von drei Milliarden Euro für die Beschaffung von Impfstoffen komplett weg. Im Vergleich zur Zeit vor der Corona-Pandemie wächst der Haushalt sogar an.

Doch klar ist auch, dass die Ausgaben für Gesundheit in Deutschland wachsen und mit der Verschärfung des demografischen Wandels weiter wachsen werden. Deswegen sind Reformen unerlässlich, die wir als Koalition nach zehn Jahren Reformstau endlich angehen wollen.

Besonders in den Bereichen Krankenhäuser, Notfallversorgung, Digitalisierung, Arzneimittelversorgung und Medizinforschung müssen wir effizienter und effektiver werden. Das erscheint in Zeiten klammer Kassen schwierig, aber ein Strukturwandel ist auch in diesen Zeiten möglich, wenn wir uns auf das Wesentliche besinnen.

Angesichts des demografischen Wandels steht unser Gesundheitssystem für die Zukunft vor einer sehr großen Herausforderung.

Trotz des manchmal überzeichneten Images einer sich streitenden Koalition bin ich hier zuversichtlich, denn die Koalition arbeitet zielorientiert. Wir haben den Mut, Dinge zu verändern und Neues zuzulassen.

Der sogenannte "Haushaltsmarathon" endet übrigens erst im Dezember. In dritter Lesung stimmt der Bundestag namentlich über den neuen Haushalt 2024 ab. Bis dahin wird um jeden Euro gerungen.

Mützenich, Klingbeil und Heil kommen

Gleich drei hochkarätig besetzte Veranstaltungen stehen in der Metropolregion auf dem Programm.

Dienstag, 12. September:

Bürgerdialog mit Arbeitsminister Hubertus Heil und Bayerns Spitzenkandidat Florian von Brunn

Wann: 14 bis 16 Uhr

Wo: Karl-Bröger-Zentrum, Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg im Willy-Pröbß-Saal

Nutze die Chance, mit Hubertus und Florian direkt ins Gespräch zu kommen und rede mit ihnen über die Themen die Dich bewegen: bezahlbarer Wohnraum, gute Kitas und Pflege.

Mittwoch, 13. September:

„Klingbeil im Gespräch“

Wann: 18.30 Uhr

Wo: Genossenschaftssaalbau, Matthäus-Herrmann-Platz 2, 90471 Nürnberg

Du bestimmst die Themen und Lars Klingbeil antwortet. Komm vorbei und gehe in den direkten Austausch mit dem Bundesvorsitzenden der SPD und spreche an, was Dich schon immer interessiert hat. Mit dabei sind auch die Landtagskandidatinnen und Kandidaten der SPD Nürnberg: Arif Tasdelen, Claudia Arabackyj, Aynur Kir und Michael Ziegler.

Donnerstag, 14. September:

„Demokratie gestalten – nicht verwalten“ mit Rolf Mützenich

Wann: 14 bis 16 Uhr

Wo: Restaurant Ignatz, Marktplatz 13, 91074 Herzogenaurach

Rolf Mützenich stellt sich im ersten Teil der Veranstaltung den Fragen der MdBs Martina Stamm-Fibich und Gabriela Heinrich, im zweiten Teil seid Ihr an der Reihe, mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD zu diskutieren. Auch die Landtagskandidaten aus Nürnberg, Erlangen und Erlangen-Höchstadt werden mit dabei sein und Euch zur Verfügung stehen.



Die Reform des Namensrechts kommt endlich

Die Bundesregierung hat den Entwurf zum Namensrecht beschlossen. Jetzt sind wir im Bundestag an der Reihe.

Zum Ende der Sommerpause hat die Bundesregierung endlich dem Entwurf zur Reform des Namensrechts zugestimmt. Als gelernter und praktizierender Standesbeamter ein Herzensanliegen für mich. Jetzt geht es darum, den Entwurf im parlamentarischen Verfahren noch besser zu machen. Nichtsdestotrotz ist das was wir jetzt schon haben, auch aufgrund des Drucks der SPD-Bundestagsfraktion auf Marco Buschmann (FDP), schon ziemlich gut. Was drin steht, erkläre ich hier:

Der Doppelname

Herzstück der Reform ist der echte Doppelname: Wenn Ehepaare einen Ehenamen führen wollen, sollen sie künftig einen Doppelnamen zum Ehenamen bestimmen können, der sich aus ihrer beider Familiennamen zusammensetzt. Das ist bisher nicht möglich, für viele Menschen aber ein wichtiger Schritt.

Das ganze gilt dann auch entsprechend für Kinder: Bestimmen Ehepaare einen Doppelnamen zum Ehenamen, so soll dieser Ehename kraft Gesetzes zum Geburtsnamen gemeinsamer Kinder werden. Eltern sollen ihren Kindern im Übrigen auch dann einen Doppelnamen erteilen können, wenn sie selbst keinen führen

– unabhängig davon, ob sie verheiratet sind.

Änderung des Geburtsnamens

Künftig soll jede volljährige Person ihren Geburtsnamen einmalig durch Erklärung gegenüber dem Standesamt neu bestimmen können – auch ganz ohne äußeren Grund. Möglich wäre hier der Wechsel von dem Namen des einen Elternteils zum Namen des anderen Elternteils; die Annahme eines Geburtsdoppelnamens, der sich aus den Namen beider Elternteile zusammensetzt oder die Verkürzung eines Geburtsdoppelnamens auf einen eingliedrigen Namen.

Erleichterung der Namensänderung für Stiefkinder und Scheidungskinder

Kinder, die den Namen eines Stiefelternteils erhalten haben, soll es erleichtert werden wieder den Geburtsnamen zu erhalten. Das soll für Fälle gelten, in denen die Ehe des leiblichen Elternteils mit dem Stiefelternteil aufgelöst wird oder das Kind nicht mehr in dem Haushalt der Stieffamilie lebt.

Eine weitere vorgeschlagene Neuerung betrifft minderjährige Kinder, deren Eltern sich haben scheiden lassen. Legt der betreuende Elternteil, in

dessen Haushalt das Kind lebt, den Ehenamen ab, so soll auch das Kind diese Namensänderung machen können: Es soll also den geänderten Familiennamen des Elternteils erhalten können, in dessen Haushalt es lebt. Das Kind muss dem dann zustimmen, möglich ist das ab Vollendung des fünften Lebensjahres.

Minderheiten schützen

Nicht zuletzt stellt der Entwurf klar, dass wir Minderheitenrechte schützen wollen, indem wir hier spezielle Regelungen schaffen: So zum Beispiel bei geschlechtsangepassten Formen des Geburts- und Ehenamens, wie sie unter Angehörigen des sorbischen Volkes Tradition sind. Oder auch bei Geburtsnamen nach friesischer und dänischer Tradition. Ein wichtiger Schritt, um auch Minderheiten in unserem Namensrecht adäquat berücksichtigen zu können.

Das alles mag vielleicht technisch klingen, hat aber viele, ganz konkrete Auswirkungen für uns alle. Unser Name ist etwas ganz persönliches – und deshalb auch verfassungsrechtlich geschützt. Ich freue mich darauf, dieses so wichtige Persönlichkeitsrecht in den nächsten Wochen und Monaten endlich auf die Höhe der Zeit zu bringen.